

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 0 61 31/22 33 71, Fax: 0 61 31/22 56 25, E-Mail: post@brh.de,
Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 13/2012

12.06.2012

- 01 Bundesleitung tagte vom 3. – 6. Juni im Wittelsbacher Land
- 02 DBB kritisiert Pläne zur Förderung privater Pflegevorsorge als „Billiglösung“
- 03 EU-Parlament will die 1- und 2-Cent-Münzen abschaffen
- 04 So bekommen Sie Vogeldreck und Insektenleichen weg
- 05 Presse: IWF-Chefin zahlt keine Steuern

01 Bundesleitung tagte vom 3. – 6. Juni im Wittelsbacher Land

Am Sonntagabend wurde in einer kleinen Feierstunde das wegen des Einspruchs des Registergerichts freiwillig zurückgetretene Bundesleitungsmitglied, sowie Bundesschatzmeister, Herr Bernhard Bröer, würdig verabschiedet. Auch wenn Herr Bröer kein offizielles Mandat mehr hat, so hat er doch seine Mitarbeit zugesagt. Auf das fundierte und umfassende Fachwissen von Herrn Bröer wird man schwerlich verzichten können. Herr Jürgen Hüpper wurde als neuer Schatzmeister vorgestellt.

Neben dem normalen Tagesgeschäft nahm die Behandlung des Verhältnisses zum DBB respektive des DBB-eigenen Verlags, der unsere Vereinszeitschrift „AiR“ herausgibt, breiten Raum ein. Es ist bekannt, dass unter gewissen Umständen, ein Vertrag mit dem Verlag zustande kam, der zum finanziellen Ruin des BRH-Bundes führen kann. Der Justitiar, Dr. Rainer Ullrich, wurde beauftragt Rechtsmittel einzulegen. Mittlerweile ist ein Schreiben der Rechtsanwälte von der Gegenseite eingegangen. Über das weitere Procedere wird der BRH-Bundesvorstand zu entscheiden haben. Ein weiterer wichtiger Tagungsgegenstand war die Erarbeitung und Beratung der Anträge des BRH zum DBB-Gewerkschaftstag.

02 DBB kritisiert Pläne zur Förderung privater Pflegevorsorge als „Billiglösung“

Deutliche Kritik hat der dbb an den Plänen zur steuerlichen Förderung der privaten Pflegevorsorge geübt, denen das Kabinett am 6. Juni 2012 zugestimmt hat. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte: „Dass sich die Koalitionspartner vor dem Hintergrund der immer drängenderen Notwendigkeit einer nachhaltigen Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung gerade einmal auf eine Förderung in Höhe von fünf Euro monatlich geeinigt haben, ist aus Sicht des dbb ein Armutszeugnis. Mit einer derartigen Billiglösung werden keine Probleme gelöst.“ Vor dem Hintergrund der derzeit nicht von der Pflegeversicherung getragenen Restkosten, die im Falle von Pflegebedürftigkeit anfallen, wären die in eine private Zusatzversicherung einzuzahlenden Beiträge besonders für Geringverdiener unerreichbar hoch, so der dbb Vize weiter. „Daran ändert auch ein aus Steuermitteln finanzierter Zuschuss von 60 Euro im Jahr nichts. Zudem ist mehr als fraglich, ob eine derart bescheidene Bezuschussung auch bei denen, die sich die Zusatzvorsorge leisten können, die eigentlich erforderlichen Anreize für eine ergänzende Absicherung setzen wird.“ Der Bundesregierung sei vorzuhalten, dass die im Koalitionsvertrag laut angekündigte umfassende Reform der Pflegeversicherung erneut einem Konsens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner unterworfen wurde. Der dbb hatte bereits in seinen Stellungnahmen zu den Pflegereformen der vergangenen Jahre die Bildung einer Kapitalrücklage im Bereich der sozialen Pflegeversicherung als den erfolgversprechenderen Weg bezeichnet, die zukünftigen – besonders durch den demografischen Wandel und medizinisch-technischen Fortschritt bedingten – finanziellen Belastungen ab zumildern. Nach der Verabschiedung durch das Bundeskabinett soll nun der Gesetzentwurf im Eilverfahren bis zur Sommerpause über die parlamentarischen Hürden gebracht werden. Die Neuregelung für den Pflegezuschuss soll zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Redaktion: Cornelia Krüger Herausgeber: dbb Bundesleitung, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

03 EU-Parlament will die 1- und 2-Cent-Münzen abschaffen

Zu teuer und zu umständlich: Den EU-Parlamentariern sind die 1- und 2-Cent-Münzen ein Dorn im Auge. Sie wollen die Flut an Kleingeld eindämmen und Scheinen damit mehr Chancen einräumen. Denn neben der Abschaffung der Mini-Münzen diskutiert Brüssel auch neue 1- und 2-Euro-Scheine.

Vorteile neuer Scheine

Zwei entsprechende legislative Berichte verabschiedeten die Abgeordneten am Dienstag mit großer Mehrheit. Die EZB bekam einen entsprechenden Auftrag. Martin zufolge sollen die Produktionskosten von 1- und 2-Cent-Münzen ins Verhältnis zu ihrem Nutzen und Wert gesetzt werden. Zu der Nachrichtenagentur APA sagte Martin: "1- und 2-Euro-Scheine werden vielerorts aus praktischen Gründen gewünscht. Die EZB sollte diesem Bürgerwunsch entsprechen."

Bargeld hoch im Kurs

Die Deutschen lieben laut Bundesbank-Zahlen von 2009 ihr Bargeld. Im [Einzelhandel](#) sind Scheine und Münzen demnach weiterhin das mit am Abstand am meisten genutzte Zahlungsmittel. Gemessen am Umsatz liegt der Anteil bei 57,9 Prozent. Mit [Kreditkarte](#) wurden lediglich 3,6 Prozent der Beträge beglichen. Elektronische Zahlungsmethoden stecken nach Einschätzung der Notenbanker noch in den Kinderschuhen.
(24.05.2012, 08:11 Uhr | t-online.de)

04 So bekommen Sie Vogeldreck und Insektenleichen weg

Insektenreste am Wagen rauben vielen Autobesitzern den letzten Nerv: Ist der Schmutz erst einmal eingetrocknet, geht er nur schwer wieder ab. Selbst nach einer gründlichen Wäsche bleiben oft noch Sprengel zurück. Was also tun?

Tipp: Zeitungseiten mit Seifenwasser tränken, auf stark betroffene Stellen legen und diese damit einweichen. Danach lasse sich der Dreck in der Regel problemlos mit einem weichen Schwamm abwischen.

Bloß keine chemischen Reiniger

Marmit empfiehlt, das feuchte Papier nicht in der prallen Sonne auf den Wagen zu legen, weil es dann zu schnell antrocknet. Mit einer Bürste, einem harten Schwamm oder gar einem Schaber sollte man Fliegenresten auf keinen Fall zu Leibe rücken: Lackierte und verchromte Teile, Scheinwerfer und Scheiben könnten dabei verkratzen. Auch beim Einsatz chemischer Reiniger seien Lackschäden nicht auszuschließen.
(Auto/t-online.de)

05 IWF-Chefin zahlt keine Steuern

(30.05.2012, 12:31 Uhr wirtschaft t-online.de - Frank Lansky mit dpa-AFX, AFP)

Wasser predigen, Wein trinken: Gerade hatte Christine Lagarde einen Sturm der Entrüstung in Griechenland ausgelöst, weil sie Athen brüsk empfahl, endlich dafür zu sorgen, dass die Griechen ihre Steuern zahlen. Der Ratschlag erweist sich als Eigentor: Denn nun stellt sich heraus, dass die Chefin des Internationalen Währungsfonds ([IWF](#)) für ihr Salär von rund 37.000 Euro im Monat selbst gar keine Steuern entrichtet, wie die britische Zeitung "Guardian" berichtet.

Empörung in Griechenland

"Ich finde, sie sollten sich alle zusammen selber helfen, indem sie ihre Steuern zahlen", hatte Lagarde im Interview mit "The Guardian" gesagt. Eltern müssten Verantwortung für ihre Kinder übernehmen, indem sie ihre Steuern beglichen.

In Griechenland wurde Lagardes Kritik empört zurückgewiesen.

Lagarde verdient 551.700 Dollar steuerfrei

Jetzt hat die Zeitung nachgerechnet: Bei der internationalen Institution verdient Lagarde demnach pro Jahr genau 467.940 Dollar, das sind im Moment rund 376.000 Euro. Dazu kommen noch einmal 83.760 Dollar an zusätzlicher Aufwandsentschädigung oder 67.300 Euro.

Und dieses Jahresgehalt von umgerechnet rund 443.000 Euro sei alles steuerfrei – denn die internationale Entlohnung unterliegt keiner nationalen Besteuerung.

Diplomaten zahlen null Steuern

Genau wie fast alle Funktionäre der Vereinten Nationen profitiere Madame Lagarde von Paragraf 34 der Wiener Konvention aus dem Jahr 1961. In ihr hatten 187 Staaten laut „Guardian“ geregelt, dass Diplomaten von allen nationalen, regionalen oder kommunalen Steuern befreit sind. (Quelle: dapd)